



Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik

Zum Unwort
Fachkräftemangel
von *Therese Schläpfer*

Seite 2

Kanton Zürich

Kontinuität statt
Selbstbeschränkung
von *Urs Waser*

Seite 3

Aktuell

Naemi Dimmeler als
Präsidentin der JSVP
Kanton Zürich bestätigt

Seite 4

Parlamentsgemeinden

Gemeinderat ist
kein Feierabendjob
von *Michele Romagnolo*

Seite 6

Veranstaltungs-Tipp

NHI-Podium
am 11. Mai in
Zürich

Seite 5

ABSTIMMUNG VOM 14. JUNI 2026

NEIN zur Stellvertreterregelung in Zürcher Parlamenten

Die Mehrheit des Zürcher Kantonsrats will mit einer neuen Gesetzesvorlage ermöglichen, dass Parlamentsmitglieder im Kanton Zürich bei längerer Abwesenheit – zum Beispiel durch Mutterschaft, Krankheit oder Unfall – durch Stellvertretungen ersetzt werden können. Weil dazu die Kantonsverfassung geändert werden muss, erfolgt am 14. Juni die Volksabstimmung. Auch wenn die Vorlage mittlerweile entschlackt wurde, bleibt für uns klar: Die SVP lehnt diesen Systemwechsel entschieden ab.



Für die SVP ist klar: Ein politisches Mandat ist untrennbar mit der gewählten Person verbunden. Bild: Parlamentsdienste ZH

Für uns ist das politische Mandat untrennbar mit der gewählten Person verbunden. Unsere Demokratie lebt davon, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Vertreterinnen und Vertreter direkt wählen – nicht Stellvertreter auf Zeit. Wer gewählt wird, trägt die Verantwortung persönlich und kann sich dieser nicht

situativ entziehen oder sie delegieren. Dieses Grundprinzip ist in unserer Kantonsverfassung verankert und hat sich über Jahrzehnte bewährt. Es sichert Transparenz, Verbindlichkeit und Vertrauen in die politischen Institutionen.

Natürlich gibt es Lebenssituationen, in denen eine Teilnahme am Ratsbetrieb

nicht möglich ist – etwa bei Krankheit oder einem erfreulichen Ereignis wie einer Mutterschaft. Doch auch das gehört zum bewährten Milizsystem, zu dem wir weiterhin stehen. Dieses System basiert auf Eigenverantwortung und der Bereitschaft, ein politisches Amt mit den persönlichen und beruflichen

Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Abwesenheiten sind Teil der Realität und es liegt in der Verantwortung jedes Einzelnen, damit umzugehen – wie auch im Berufsleben oder bei Selbstständigerwerbenden.

Verbesserung für Mütter – oder doch nicht?

Seit dem 1. Juli 2024 gilt zudem: Mütter verlieren den Anspruch auf Erwerbsersatz während des Mutterschaftsurlaubs nicht mehr, wenn sie an Rats- oder Kommissionssitzungen teilnehmen – sofern es keine Stellvertretung gibt. Ist jedoch eine Vertretung möglich, entfällt der Anspruch auch dann, wenn die Mutter sich nicht vertreten lässt. Grund dafür ist eine Anpassung im Erwerbsersatzgesetz (Art. 16d Abs. 3 EOG). Damit wurde von Bundesbern – wenn auch wohl unbeabsichtigt – ein zentraler Bestandteil der vorliegenden kantonalen Regelung untergraben. In der Pra-

vollziehbar, weshalb ausgerechnet solche Verpflichtungen schlechter gestellt würden als andere Abwesenheitsgründe.

Gemeindeautonomie – auch in dieser Sache!

Ebenfalls zentral ist für uns die Gemeindeautonomie. Gemeinden sollen grundsätzlich selber entscheiden dürfen, ob

«Die Stellvertreterregelung würde das Vertrauen in das politische System untergraben.»

sie eine Stellvertreterregelung einführen wollen. Eine derart grundlegende Änderung darf jedoch nicht stillschweigend oder durch einfache Beschlüsse erfolgen. Sie gehört zwingend vor das Volk und muss über eine Anpassung der Gemeindeordnung legitimiert werden. Alles andere wäre ein demokratietheoretisch fragwürdiger Schritt durch die Hintertür und würde das Vertrauen in politische Prozesse untergraben.

Die SVP des Kantons Zürich lehnt die Vorlage klar ab. Wir stehen ein für persönliche Verantwortung, für die direkte Demokratie und für ein funktionierendes, glaubwürdiges Milizsystem. Wer diese Grundprinzipien ernst nimmt und das Vertrauen der Wählerschaft nicht relativieren will, kommt nicht darum herum, diesen Gesetzesvorschlag entschieden abzulehnen.

«Wer in ein politisches Mandat gewählt wird, trägt die Verantwortung persönlich.»

xis bedeutet dies, dass Kantonsrätinnen künftig keine echte Wahlfreiheit mehr haben, wie sie ihre Mutterschaft mit dem politischen Mandat vereinbaren wollen.

Die SVP hat mehrere Minderheitsanträge eingebracht – unter anderem mit dem Ziel, Militär- und Zivildienst explizit als legitime Gründe für eine Stellvertretung im Gesetz zu verankern. Wer Dienst für unser Land oder für die Gesellschaft leistet, verdient politische Rückendeckung und Anerkennung, nicht neue Ungleichheiten oder widersprüchliche Regelungen. Es ist nicht nach-



Roman Schmid
Kantonsrat SVP
Opfikon

GOAL GLOSSAR

emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»
<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!
Nicola Tinner, Geschäftsführer
Alexander Segert, Geschäftsführer
8450 Andelfingen/ZH, Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

JETZT AKTIV WERDEN!

Keine 10-Millionen
Schweiz



Christoph Mörgeli

Schluss mit «woke» bei der SRG

In einem Interview mit der «Schweiz am Wochenende» erklärte sich Tristan Brenn, Chefredaktor von Fernsehen SRF. Er habe im Fall seines Untergebenen Pascal Schmitz so lange geschwiegen, weil er in einem «lange geplanten Sabbatical» weile. Offenbar scheint es dem mit 400 000 Franken entlohnten Kadermann unnötig, dem neuen SRF-Direktor Roger Elsener zur Seite zu stehen, der seine Stelle per 1. Mai antritt. Sodann behauptet Tristan Brenn, sein Nachrichtenchef Gregor Meier habe zur Affäre «klar und öffentlich Position bezogen». Was viel sagt über die kommunikative Kompetenz des Kommunikationskompetenz-Zentrums SRF. Meier hat nämlich lediglich über seine private Seite bei LinkedIn reagiert, wo er nicht einmal mit seinem Bild auftritt. Dort behauptete er, SRF-Mann Pascal Schmitz habe sich «professionell verhalten und seinen Job als Journalist gemacht».

Wenn ein Journalist einen saudi-schen Schiedsrichter auffordert, er solle «in Zukunft Kamelrennen pfeifen» und ihn als «Arschloch» und «gelben arabischen Hurensohn» beschimpft, hat er seinen Job nicht gemacht. Schmitz hat sich rassistisch, obszön und frauenfeindlich geäussert und sich über körperliche Gebrechen belustigt. Er hat die Eishockey-Nationalmannschaft und gleich alle Schweizer aufgefordert: «Jetzt müssen wir die Deutschen in den Arsch ficken.» Künftig sollte er über Eishockey den Mund halten. Aber SRF müsste darüber berichten. Doch ausgerechnet der Zwangsgebührensender hat auf allen Kanälen geschwiegen. SRF kommentierte lediglich, die Aussagen von Schmitz entsprechen nicht den publizistischen Leitlinien. Doch um diesen journalistischen Handwerkskasten geht es überhaupt nicht. Entscheidend ist das SRG-Leitbild «Vision, Mission und Werte». Da ist die Rede von «Vielfalt», «Offenheit», «Verständnis», von «Glaubwürdigkeit», «Kompetenz» und «Professionalität». Wenn Pascal Schmitz durchkommt, müssen SRG und SRF nie mehr mit hehren Werten und ihrer woken Haltung kommen. Gut möglich, dass Schmitz bei SRF bleiben darf. Ein Strohalm schwimmt immer auf der Oberfläche des Wassers.

ES KOMMEN ZU VIELE UND ES KOMMEN DIE FALSCHEN

Fachkräftemangel

Ein Wort ist in aller Munde: Fachkräftemangel. Ist Ihnen schon aufgefallen, seit wann wir davon reden? Seit die Personenfreizügigkeit mit der EU in Kraft trat (2007). Seitdem herrscht der Fachkräftemangel. Seitdem strömen jährlich Zehntausende Einwanderer in die Schweiz.



Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Unser Land ist attraktiv und beliebt. Das spricht für die Schweiz und auf diese Attraktivität können wir stolz sein. Beliebt ist unser Staat nicht zuletzt wegen der grosszügigen Sozialleistungen, die er bereithält. Die Sozialleistungen, die Bildung und die Infrastruktur sind hochkarätig und die

medizinische Versorgung hervorragend. Weshalb fehlen dann so viele Fachkräfte? Von zehn Zugewanderten kommen fünf in den Arbeitsmarkt, die Hälfte (2,5 Personen) davon in den Privatsektor, die andere Hälfte in die öffentliche Verwaltung. Die restlichen fünf Personen sind Familiennachzug oder Menschen, die sich bei uns ausbilden lassen. Von diesen fünf Personen arbeitet eine Person im medizinischen Bereich. Die restlichen beanspruchen diesen Bereich als Patienten. Denn auch sie müssen zum Arzt und Zahnarzt, in die Therapie oder brauchen Pflege. Sie brauchen auch Wohnungen, Einkaufsmög-

lichkeiten, Schulen, Strassen und die Bahn. Folglich leiden wir alle unter dem Dichtestress.

Der Bürger hat nichts von der Zuwanderung

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) steigt insgesamt, aber pro Kopf stagniert das BIP. Wir profitieren also nicht von der Zuwanderung. Auf dem Arbeitsmarkt haben es Einheimische immer schwieriger, eine Arbeitsstelle zu bekommen. Für gewisse Arbeitgeber ist es günstiger, aus dem grossen EU-Pool eine «Fachkraft» zu rekrutieren. Bringt der Arbeitnehmer dann die gewünschten Resultate nicht, kann er entlassen werden und von der Arbeitslosenversicherung oder von der Sozialhilfe profitieren.

Endlos-Spirale: Zuwanderung fördert Zuwanderung

Das Argument, dass wir die Zuwanderung für die Finanzierung der AHV brauchen, greift ebenfalls nicht. Auch die vielen Zugewanderten werden einmal Anspruch auf eine Rente haben. Wer soll dann all dies finanzieren? Noch mehr Zuwanderung? Das läuft auf ein nie endendes Schneeballsystem hinaus. Aus logischen Gründen sind Schneeballsysteme in der Schweiz verboten.

Qualität statt Quantität

Es ist ja nicht so, dass wir keine Einwanderung in unser Land wollen. Aber

wir müssen sie wieder selbst kontrollieren können. Ausserhalb der EU tun dies alle Länder dieser Erde. Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Australien regeln dies mit einem Punktesystem. Je dringender eine Berufsgattung gebraucht wird, desto besser stehen die Chancen auf ein Visum.

Probleme, wo man hinsieht

Mit dem hohen Tempo der Zuwanderung kommt die Infrastruktur nicht nach. Bahn, Strasse, Schulen und Krankenhäuser hinken immer hinterher. Die Zubetonierung unseres Landes schreitet rasant voran, während die Lebensqualität vielerorts abnimmt.

Die Finanzierung des Gesundheitssystems ist ebenfalls eine Sache. Während wir Einheimischen seit der Geburt Krankenkassenprämien bezahlt und das System aufgebaut haben, haben Zugewanderte ab dem ersten Tag Anspruch auf die gesamten Leistungen.

Auch die 400 000 Grenzgänger lindern den Fachkräftemangel nicht. Aufgrund der hohen Löhne steht die Teilzeitarbeit hoch im Kurs. Mittlerweile braucht es für eine 100-Prozent-Stelle 1,3 Arbeitnehmende.

Der Wohnungsbau hinkt dem Zustrom der Menschen in unser Land hinterher, weshalb viele unter der Wohnungsknappheit leiden. Und jedes Gut, das knapp ist, wird unweigerlich teurer.

Milton Friedman sagte schon: Man kann entweder eine freie Zuwanderung tolerieren oder ein Sozialstaat sein. Beides geht nicht.



Wir müssen diese unkontrollierte, schädliche Zuwanderung wieder in normale Bahnen lenken.

Bild: SVP Kanton Zürich

IN DEN SÜMPFEN VON BERN

Neutralität oder Krieg, Leben oder Tod

Bei der Neutralitätsinitiative geht es nicht um etwas Oberflächliches, sondern um das Allerwichtigste unseres Daseins: um Neutralität oder Krieg, um Leben oder Tod.



Thomas Matter
Nationalrat SVP
Meilen

Voraussichtlich im September dieses Jahres wird über die Neutralitätsinitiative abgestimmt. Die schweizerische immerwährende, bewaffnete und umfassende Neutralität soll gemäss Initiative ausdrücklich in der Bundesverfassung festgehalten werden. Warum ist das nötig geworden? Unser Bundesrat und auch das Parlament haben sich in den letzten Jahren nicht mehr an die bewährte Neutralität gehalten. Dies, obwohl sie uns seit über 200 Jahren vom Krieg verschont hat.

Konsequent statt flexibel

Der Bundesrat – allen voran Ignazio Cassis und Martin Pfister – behauptet, eine solche Präzisierung erlaube ihnen nicht mehr, die Neutralität «flexibel» zu handhaben. Sie könnten sich dann nicht der NATO oder dem EU-Militärverbund annähern. Doch genau darum geht es. Die Neutralität ist nicht geschaffen worden, um den Bundesräten zu gefallen, sondern um zu verhindern, dass die Regierenden die Bevölkerung in Kriege und Konflikte hineinziehen – die dann meistens nicht die Politiker, sondern vor allem die Bürgerinnen und Bürger ertragen und möglicherweise mit dem Leben bezahlen müssen.

Rolle als Vermittlerin bewahren

Es geht letztlich um die überaus grundsätzliche und ernste Frage: Will die Schweiz Krieg führen oder will sie den Frieden bewahren und zum Frieden beitragen? Denn die Neutralitätsinitiative verlangt auch, dass die Schweiz ihre Neutralität nutzt, um zur Lösung und Verhinderung von Konflikten beizutragen und sich als Vermittlerin zur Ver-

fügung zu stellen. Wenn wir die Neutralität schrittweise preisgeben, verliert die Schweiz ein einzigartiges Alleinstellungsmerkmal und an Wert für alle Teile der Welt.

Verheerende Folgen durch NATO-Anbindung

Die heute in Bern betriebene schrittweise Unterordnung unter das Militärbündnis NATO und die EU-Verteidigungsorganisation ist nicht zuletzt für unsere jungen Männer und Frauen, die Militärdienst leisten, brandgefährlich. Denn die Rechnung ist schnell gemacht. Wir werden in solchen Bündnissen nicht einfach profitieren, sondern müssen uns mit Geld, Material und im Ernst-

fall mit Menschenleben beteiligen. Und was ist wohl wahrscheinlicher? Dass

diese internationalen Militärbündnisse unsere Landesgrenze verteidigen oder dass unsere Soldaten irgendwo auf der Welt für sie sterben müssen? Ich glaube, Sie kennen die Antwort.



Mit der Annahme der Initiative sichern wir langfristig Frieden, Stabilität und Unabhängigkeit für die Schweiz.

Bild: neutralitaet-ja.ch

Wortlaut Neutralitätsinitiative

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

- Art. 54a Schweizerische Neutralität
- 1 Die Schweiz ist neutral. Ihre Neutralität ist immerwährend und bewaffnet.
- 2 Die Schweiz tritt keinem Militär- oder Verteidigungsbündnis bei. Vorbehalten ist eine Zusammenarbeit mit solchen Bündnissen für den Fall

eines direkten militärischen Angriffs auf die Schweiz oder für den Fall von Handlungen zur Vorbereitung eines solchen Angriffs.

- 3 Die Schweiz beteiligt sich nicht an militärischen Auseinandersetzungen zwischen Drittstaaten und trifft auch keine nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen gegen kriegführende Staaten. Vorbehalten sind Verpflich-

tungen gegenüber der Organisation der Vereinten Nationen (UNO) sowie Massnahmen zur Verhinderung der Umgehung von nichtmilitärischen Zwangsmassnahmen anderer Staaten.

4 Die Schweiz nutzt ihre immerwährende Neutralität für die Verhinderung und Lösung von Konflikten und steht als Vermittlerin zur Verfügung.

Keine 10-Millionen-Schweiz!

öffentliche Podiumsdiskussion zur Nachhaltigkeitsinitiative „Keine-10 Millionen-Schweiz“

mit Nationalrat Thomas Matter

Dienstag 12. Mai 2026, 19:30 Uhr

Anna Stüssi Haus, Dänikon

Parkplätze beim „Frohsinn“ stehen zur Verfügung

SVP Sektion Dänikon-Hüttikon



BERICHT AUS DEM KANTONS RAT

Letzte Sitzung vor dem Wechsel im Ratspräsidium

Die 152. Sitzung des Kantonsrates der Legislatur 2023 bis 2027 ist auch die letzte Sitzung unter der schulmeisterlichen Leitung von Beat Habegger (FDP, Zürich). Längst vergessen und verdrängt wurden die Wirren um die Präsidiumswahl des Vorjahres. Aber wer wird schon zurückblicken, wenn das Ratspräsidium von Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach) in der nächsten Sitzung ansetzt? Es gilt der Blick nach vorn, wichtige Geschäfte und Abstimmungen stehen an.



Lorenz Habicher
Kantonsrat SVP
Zürich

Die ersten Verhandlungsgegenstände auf der Einladung zur Sitzung vermochten aber weder zu begeistern noch eine politische Debatte zu erzeugen. Die Wahlgeschäfte sind organisatorischer Natur und die in reduzierter Debatte geführten drei Einzelinitiativen (EI) haben einen schweren Stand.

Die EI Katrin Meier, Zürich, «Für einen selektionsfreien Übertritt in die Sekundarstufe I», wurde von 49 Mitgliedern der linken Ratsseite unterstützt.

Die EI Sylvia Locher, Wädenswil, «Gleichstellung der kinderlosen Unverheirateten bei der kantonalen Erbschaftsteuer», bekam 13 Stimmen der Grünliberalen.

Die EI Nicolas Helm, Kilchberg, «Verbesserung der Transparenz zum individuellen Konto (IK) bei der Ausgleichskasse», erhielt beachtliche 56 Stimmen und verfehlte das nötige Quorum von 60 Stimmen nur knapp. Das Individuelle Konto (IK) ist die Grundlage für die Rentenberechnung, der Kontoauszug wird auf Verlangen ausgestellt und ist

kostenlos. Diese Einzelinitiative rückte das Thema Beitragslücke in der Altersvorsorge ins Bewusstsein so mancher Bürger und Politiker. Es liegt aber in der Eigenverantwortung, sich um seine Altersvorsorge zu kümmern. Aber: Nur das Wissen um eine Beitragslücke ermöglicht es nicht, die möglichen Nachzahlungen innert der fünfjährigen Frist auch zu tätigen. Die SVP/EDU-Fraktion hat die Einzelinitiative nicht unterstützt, kann sich aber eine weitere Prüfung mittels eines parlamentarischen Vorstosses durchaus vorstellen.

Die Behandlung von Einzelinitiativen ist grundsätzlich ein politisch interessantes Geschäft, denn eine EI zeigt Bereiche und Handlungsfelder auf, welche die interessierte Bevölkerung beschäftigen und die gewählten Politiker nicht im Fokus haben. Nach zwei Fraktionserklärungen begaben sich die 160 anwesenden von 180 Mitgliedern des Zürcher Kantonsrats in die Znüni-Pause.

Diverse Geschäfte diskussionslos überwiesen

Danach folgten rasch neun Geschäfte ohne materielle Behandlung, da der Regierungsrat diese entgegennehmen wollte. Hier wurden fünf Geschäfte diskussionslos überwiesen, die restlichen vier kamen zur weiteren Beratung auf die Traktandenliste. Spannend zu no-

tieren war, dass nur von der linken Ratsseite (SP, GP und AL) Anträge auf Diskussion gestellt wurden.

Starre Regelungen nicht zielführend

Als erstes Geschäft einer vorberatenden Kommission – in diesem und den nachfolgenden Fällen der Geschäftsleitung (GL) – wurde eine Änderung des EKZ-Gesetzes mit der Forderung einer Beschränkung der Amtszeit des Verwaltungsrates besprochen (KR-Nr. 229a/2024). Nur hat der Sprecher der EVP dabei vergessen, dass der grösste «Sesselkleber» der vergangenen Jahrzehnte aus seinen Reihen stammte. Hier hat der Kantonsrat die erste Lesung durchgeführt, wobei der Minderheitsantrag von Urs Waser (SVP, Langnau am Albis) nicht chancenlos war. Mehr zu diesem Geschäft lesen Sie im Kommentar nebenan.

Die Revision des Budgetverfahrens (KR-Nr. 89/2026) und die gesetzgeberische Umsetzung einer Weisung der GL (KR-Nr. 90/2026) folgten in reduzierter Debatte. Diese beiden Geschäfte wurden mit 112 respektive 116 unterstützenden Stimmen (Quorum 60) klar überwiesen. Damit konnten doch noch 20 Geschäfte als behandelt abgehakt, vier SP-Mitglieder aus dem Kantonsrat verabschiedet und die Sitzung fast pünktlich geschlossen werden.

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Regeln für ein Problem, das es nicht gibt



Urs Waser
Kantonsrat SVP und
Mitglied der
Geschäftsleitung
Langnau am Albis

Der Zürcher Kantonsrat ist dabei, sich ein neues Hobby zuzulegen: sich selbst zu beschränken. Konkret geht es um eine Amtszeitbeschränkung für den Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ). Was nach moderner Governance klingt, ist bei genauerem Hinsehen vor allem eines: ein unnötiger Eingriff in ein funktionierendes System.

Die Ausgangslage ist simpel. Der Kantonsrat wählt den EKZ-Verwaltungsrat alle vier Jahre. Wer nicht überzeugt, wird ersetzt. Wer gute Arbeit leistet, wird bestätigt. So funktioniert politische Verantwortung. So funktioniert Kontrolle. Und so funktioniert es seit Jahren.

Nun soll dieses bewährte System durch eine starre Regel ergänzt werden: Nach zwölf Jahren ist Schluss – unabhängig von Leistung, Kompetenz oder Bedarf. Mit anderen Worten: Der Kantonsrat erklärt sich selbst für nicht fähig, personelle Entscheide situativ und verantwortungsvoll zu treffen. Das ist bemerkenswert.

Der Preis dieser Selbstbeschränkung ist hoch. Bereits bei den Wahlen 2027 könnte rund die Hälfte des Verwaltungsrates ersetzt werden. Ein solcher Kahl-schlag an Erfahrung kommt zur Unzeit. Die Energieversorgung steht vor grossen

Herausforderungen – technologisch, wirtschaftlich und politisch. Gerade jetzt wäre Kontinuität gefragt, nicht erzwungene Rotation.

Besonders fragwürdig ist die Grundannahme hinter der Vorlage: lange Amtszeiten seien problematisch. Dafür gibt es keine belastbaren Belege. Im Gegenteil: In komplexen Branchen ist Erfahrung ein knappes Gut. Wer sie leichtfertig aus dem System drängt, ersetzt sie nicht durch «frische Ideen», sondern oft durch Unsicherheit.

Auffällig ist auch der Aufwand, der für diese Vorlage betrieben wurde. Elf Sitzungen der Geschäftsleitung – für eine Regel, die am Ende vor allem symbolischen Charakter hat. Man könnte meinen, es handle sich um ein zentrales Problem des Kantons. Ist es aber nicht.

Die entscheidende Frage lautet deshalb: Trauen wir uns als Parlament zu, unsere Verantwortung wahrzunehmen – oder verstecken wir uns hinter starren Regeln?

Die Antwort sollte klar sein. Wer gewählt ist, um zu entscheiden, sollte auch entscheiden. Und nicht Gesetze schaffen, die ihm diese Aufgabe abnehmen.

Diese Vorlage löst kein Problem. Sie schafft neue.

Man kann auf sie verzichten.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Einzelinitiativen sind ein ebenso bedeutsamer Teil unseres politischen Systems.

Bild: Adobe Stock



Die Energieversorgung steht vor grossen Herausforderungen. Gerade jetzt wäre Kontinuität gefragt, nicht erzwungene Rotation. Bild: Pixabay

WORTE DES VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP DES KANTONS ZÜRICH

Kommunalwahlen zeigen: Unsere Stimme zählt – auch am 14. Juni

Die jüngsten Kommunalwahlen im Kanton Zürich haben eines deutlich gezeigt: Die bürgerlichen Kräfte sind gestärkt aus dem Urnengang hervorgegangen. Herzliche Gratulation an alle Gewählten und vielen Dank für den riesigen Einsatz, den alle Kandidierenden und alle Sektionen geleistet haben. Dieses Resultat ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines wachsenden Bedürfnisses nach Verlässlichkeit, Pragmatismus und politischer Bodenhaftung. In einer Zeit, in der die weltpolitische Lage zunehmend unsicher wird, suchen offensichtlich viele Menschen nach Stabilität – und finden sie in einer Politik, die Verantwortung übernimmt statt Ideologien zu pflegen.

Unser System lebt von der Teilnahme

Gerade jetzt zeigt sich, wie wertvoll unser schweizerisches Konkordanzsystem ist. Es zwingt uns, Lösungen

gemeinsam zu erarbeiten statt Gräben zu vertiefen. Es sorgt für Kontinuität, Ausgleich und Berechenbarkeit – Eigenschaften, die in einer geopolitisch angespannten Welt wichtiger sind denn je. Doch dieses System funktioniert nur, wenn wir es aktiv mittragen.

Deshalb ist die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung entscheidend. Die Kommunalwahlen haben gezeigt, wie stark die Stimme jedes Einzelnen wirkt. Wer mitbestimmt, stärkt die demokratische Legitimation und verhindert, dass kleine, gut organisierte Minderheiten den Kurs vorgeben.

JA zur Nachhaltigkeits-Initiative

Am 14. Juni steht der nächste wichtige Entscheid an. In einzelnen Gemeinden finden noch zweite Wahlgänge statt. Im Kanton Zürich kommen fünf Vorlagen zur Abstimmung. National stimmen wir über die Änderung im Zivildienstgesetz und über die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab.

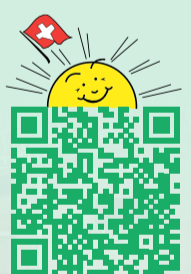
Die Nachhaltigkeits-Initiative verlangt nach einer breiten, verantwortungsbewussten Beteiligung. Sie bietet die einmalige Chance, langfristig Weichen zu stellen – für eine Schweiz, die ökologisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich im Gleichgewicht bleibt. Wer Stabilität und Zukunftssicherheit will, darf diesen Abstimmungstag nicht verpassen.

Demokratie lebt nicht von jenen, die laut sind, sondern von jenen, die teilnehmen. Die Kommunalwahlen haben uns daran erinnert. Am 14. Juni können wir es erneut beweisen.



von **Martin Hübscher**

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.



WISSENSWERTES AUS DEM KANTONS RAT

Amtsgelübde

Nicht nur nach Gesamterneuerungswahlen kommt es zu personellen Veränderungen im Kantonsrat: Auch während der Legislatur legen Mitglieder ihr Amt vorzeitig nieder, sodass Nachrückende ihren Platz einnehmen.

In solchen Fällen ist es entscheidend, dass auch neue Ratsmitglieder die formellen Voraussetzungen für die Amtsausübung erfüllen. Dazu gehört insbesondere das Ablegen des Amtsgelübdes, das die Grundlage für die parlamentarische Tätigkeit bildet.

Das Amtsgelübde ist im Kantonsratsgesetz verankert und lautet:

«Ich gelobe, als Mitglied dieses Rates Verfassung und Gesetze des Bundes und des Kantons Zürich zu halten, die

Rechte der Menschen und des Volkes zu schützen und die Einheit und Würde des Staates zu wahren. Die Pflichten meines Amtes will ich gewissenhaft erfüllen.»

Das Amtsgelübde wird mit den Worten «Ich gelobe es» abgelegt. Ist ein Mitglied des Kantonsrates verhindert, wird das Gelübde schriftlich eingeholt.

Weigert es sich, das Gelübde abzulegen, gilt sein Sitz als nicht besetzt.

MEDIENMITTEILUNG DER JUNGEN SVP KANTON ZÜRICH

Generalversammlung 2026

Die Mitglieder der Jungen SVP Kanton Zürich haben ihre bisherige Präsidentin, Naemi Dimmeler, an der Generalversammlung in Volketswil erfolgreich wiedergewählt. Auch der Vorstand wurde in seiner bisherigen Zusammensetzung bestätigt: Yannik Hälg, Marco Beerstecher, Alec Wanner, Cyrill Huber und Stefani Omi. Das Team wird neu durch Roshina Watti, Severin Spillmann und David Krügel verstärkt.

Yves Helfenberger trat nach jahrelangem engagiertem Einsatz für die Jungpartei zurück. Die Junge SVP Kanton Zürich dankt ihm herzlich für sein grosses Engagement und seinen wertvollen Beitrag.

Zahlreiche heimatverbundene junge Menschen aus dem ganzen Kanton Zürich nahmen an der Generalver-

sammlung in Volketswil teil. Neben den statutarischen Geschäften wie der Abnahme der Jahresrechnung und der Verabschiedung des Budgets standen auch politische Inhalte im Zentrum. Besonders geschätzt wurden die Grussworte von Nils Fiechter, Präsi-

dent der Jungen SVP Schweiz, sowie von Domenik Ledergerber, Präsident der SVP Kanton Zürich. In ihren Voten unterstrichen sie die Bedeutung der Abstimmung vom 14. Juni und riefen zu einem klaren JA zur Nachhaltigkeits-Initiative auf. Für die Junge SVP Kanton Zürich ist klar: Sie wird sich mit voller Kraft für diese Abstimmung engagieren.

Ebenso wird sie sich weiterhin entschieden für die Wahrung der Schweizer Neutralität sowie gegen die EU-Unterwerfungsverträge einsetzen. Der Vorstand bedankt sich bei den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen. Präsidentin Naemi Dimmeler erklärt: «Die Generalversammlung bestätigt den eingeschlagenen Kurs unserer Jungpartei. Gemeinsam setzen wir uns mit voller Überzeugung für unsere Heimat sowie für unsere Werte und Ziele ein.»

«Der Vorstand bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.»

Die Generalversammlung in Volketswil teil. Neben den statutarischen Geschäften wie der Abnahme der Jahresrechnung und der Verabschiedung des Budgets standen auch politische Inhalte im Zentrum.

Besonders geschätzt wurden die Grussworte von Nils Fiechter, Präsi-



Die Jungpartei wird auch sich weiterhin mit voller Überzeugung für eine lebenswerte Schweiz einsetzen.

Bild: zVg

SVP ACADEMY IN DÜBENDORF

SVP bereitet sich auf Abstimmungskampf vor: «Keine 10-Millionen-Schweiz!» im Fokus

Am Samstag, dem 25. April, versammelten sich in Dübendorf zahlreiche Verantwortungsträger, Mandatsträger und engagierte Mitglieder zur Academy-Veranstaltung der SVP Schweiz «Keine 10-Millionen-Schweiz! Was kann meine Kantons- und Ortssektion machen?». Ziel war es, die anstehende Abstimmung zur Nachhaltigkeits-Initiative inhaltlich zu vertiefen und die Kampagnenarbeit im Kanton gezielt voranzutreiben.

Bereits beim Eintreffen im Restaurant Sonnenthal wurde deutlich: Die SVP ist bereit für den wohl wichtigsten Abstimmungskampf seit Jahren. Vertreterinnen und Vertreter aus Ortssektionen sowie zahlreiche Mitglieder, die sich an Standaktionen, Plakatkampagnen oder anderen Aktivitäten beteiligen, nutzten die Gelegenheit zum Austausch und zur Koordination.

Klare Inhalte: Massenzuwanderung im Fokus

Den Auftakt machte Generalsekretär Henrique Schneider, der die Bedeutung der Initiative für die Schweiz hervorhob. Er stellte klar, dass die kommenden Wochen entscheidend sind – nicht erst der Abstimmungssonntag.

Nationalrat Benjamin Fischer zeigte anschliessend in seinem Referat «Bewahren, was wir lieben» auf, worum es bei der Nachhaltigkeits-Initiative geht. Im Zentrum stehen die konkreten Auswirkungen der Massenzuwanderung, die gerade im Kanton Zürich besonders deutlich spürbar sind: steigende Mieten, überlastete Verkehrsinfrastrukturen, zunehmender Druck auf Schulen und Sozialwerke sowie wachsende Herausforderungen im Sicherheitsbereich. Die Initiative setzt hier an und will die Entwicklung in geordnete Bahnen lenken.

Kampagne: Präsenz vor Ort entscheidet

Kantonsrat und Parteipräsident Domenik Ledergerber präsentierte unter dem Titel «Vollgas» die Kampagne der SVP des Kantons Zürich. Anhand konkreter Beispiele zeigte er auf, wie die Mobilisierung im Kanton Zürich funktioniert: durch Präsenz in den Gemeinden, klare Botschaften und eine frühzeitige Aktivierung der Mitglieder. Seine zentrale Botschaft: Wer gewinnt, ist nicht der-



Die SVP ist bereit für den Abstimmungskampf.

Bild: SVP Kanton Zürich

jenige mit den lautesten Parolen, sondern derjenige, der seine Unterstützer auch tatsächlich erreicht.

Im Anschluss ging Henrique Schneider auf die konkrete Arbeit der Ortssektionen ein. Ob Standaktionen, Plakate oder persönliche Gespräche – jede

Die Resultate zeigen: Die SVP verfügt über eine aktive Basis und zahlreiche konkrete Ansätze, um die Kampagne in den Gemeinden weiter zu verstärken.

Damit die Schweiz Schweiz bleibt

Die Veranstaltung hat deutlich gemacht: Die SVP ist bereit für den Abstimmungskampf. Die Argumente überzeugen, die Strukturen tragen – und die Basis ist motiviert, Verantwortung zu übernehmen.

Mit diesem Einsatz und der breiten Verankerung im Kanton sind die Voraussetzungen geschaffen, um diese richtungweisende Abstimmung erfolgreich zu gestalten. Die SVP ist überzeugt: Am 14. Juni geht es um die Zukunft unseres Landes – und wir werden diese Abstimmung gewinnen.

Marco Calzimiglia,
Parteisekretär SVP Kanton Zürich

«Die Argumente überzeugen, die Strukturen tragen, die Basis ist motiviert.»

Aktivität zählt. Gerade die lokale Verankerung der SVP ist dabei ein entscheidender Vorteil, der im Abstimmungskampf gezielt genutzt werden kann.

Erfahrungsaustausch und konkrete Ideen

Die Teilnehmenden tauschten sodann ihre Erfahrungen aus und entwickelten Ideen für die kommenden Wochen.

NACHBEFRAGUNG DER ABSTIMMUNGEN VOM 8. MÄRZ 2026

Mobilisierung bleibt der Schlüssel für kommende Abstimmungen

Die Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. März 2026 liefert wertvolle Erkenntnisse für die politische Arbeit. Sie zeigt nicht nur, wie entschieden wurde, sondern vor allem auch, wer entschieden hat. Und genau darin liegt eine zentrale Lehre für die kommenden Abstimmungen.



Sean Burgess
Kommunikation & Redaktor
Der Zürcher Bote
SVP Kanton Zürich

Mit über 55 Prozent lag die Stimmbeteiligung deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Auffällig ist jedoch, dass diese Mobilisierung nicht gleichmässig über die politischen Lager verteilt war. Besonders stark beteiligten sich Sympathisanten von GLP (81 Prozent), Grünen (68 Prozent) sowie SP und FDP (je 65 Prozent), während die SVP mit 55 Prozent etwas darunter lag.

Gleichzeitig zeigt sich ein differenziertes Bild: Bei den Gemeindewahlen konnte die SVP – insbesondere bei den Parlamentswahlen – deutlich zulegen. Dies unterstreicht, dass das Potenzial für Abstimmungs- und Wahlerfolge klar vorhanden ist. Entscheidend ist, dieses Potenzial konsequent auszuschöpfen.

Mobilisierung entscheidet – nicht nur das Argument

Die VOX-Analyse bestätigt, was sich in der Praxis immer wieder zeigt: Politisches Interesse ist ein zentraler Faktor. Während sich sehr politisch interessierte Personen zu rund 90 Prozent betei-

gen, liegt die Teilnahme bei weniger Interessierten deutlich tiefer.

Für die SVP bedeutet das: Unsere Positionen stossen auf breite Resonanz in der Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, dieses Potenzial wirksam zu aktivieren. Gerade bei komplexeren oder weniger emotional aufgeladenen Vorlagen bleibt ein Teil der eigenen Wählerschaft der Abstimmung fern – ein entscheidender Faktor für das Endergebnis.

Grosse Chancen bei den Nichtteilnehmenden

Ein besonders aufschlussreicher Befund betrifft die Nichtteilnahme: 28 Prozent der Befragten geben an, sie hätten die Abstimmung schlicht vergessen, weitere 24 Prozent waren verhindert.

Diese Zahlen zeigen klar: Ein grosser Teil der Nichtteilnehmenden ist grundsätzlich erreichbar. Es fehlt nicht an politischer Nähe, sondern an Aktivierung. Wer frühzeitig informiert, gezielt erinnert und konsequent mobilisiert, kann zusätzliche Stimmen gewinnen. Gerade für eine Volkspartei wie die SVP liegt hier ein bedeutender Hebel.

Nähe zu den Bürgern ist zentral

Die Beteiligung bleibt sozial selektiv: Ältere, besser gebildete und einkommensstärkere Personen nehmen deutlich häufiger an Abstimmungen teil als jün-

gere oder einkommensschwächere Bevölkerungsschichten.

In diesen weniger stark vertretenen Gruppen verfügt die SVP über erhebliches Potenzial. Eine gezielte, verständliche und alltagsnahe Ansprache kann hier entscheidend sein, um zusätzliche Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren.

Nachhaltigkeits-Initiative: Entscheidungsschlacht an der Urne

Mit Blick auf die kommende Nachhaltigkeits-Initiative ist bereits absehbar: Diese Abstimmung wird zu einer eigentlichen Mobilisierungsschlacht.

Die Gegner setzen gezielt auf Dramatisierung. Es wird von Chaos, wirtschaftlichem Niedergang und dem «Untergang der Schweiz» gesprochen, um die eigene Anhängerschaft zu mobilisieren. Solche Kampagnen zielen weni-

«Die SVP setzt auf eine klare, faktenbasierte Argumentation.»

ger auf sachliche Überzeugung als auf emotionale Aktivierung.

Demgegenüber setzt die SVP auf eine klare, faktenbasierte Argumentation. Sie weist auf die realen und bereits heute spürbaren Probleme hin – insbesondere auf die massiven Belastungen durch

die anhaltende Massenzuwanderung, die Infrastruktur, Wohnraum, Sozialwerke und Sicherheit zunehmend unter Druck setzt.

Damit prallen im Abstimmungskampf zwei unterschiedliche Ansätze aufeinander: emotionale Zuspitzung auf der einen Seite, evidenzbasierte Problemanalyse auf der anderen.

Am Schluss zählt, wie viel der vorhandenen Zustimmung sich auch in abgegebenen Stimmen niederschlägt.

Jetzt ist der Zeitpunkt, die Basis zu aktivieren

Die Erkenntnisse aus der VOX-Analyse sind eindeutig: Die SVP verfügt über eine starke, breit abgestützte Wähler-

schaft. Die Zugewinne bei den Gemeindewahlen bestätigen dies eindrücklich.

Nun gilt es, dieses Potenzial auch bei eidgenössischen Abstimmungen vollständig zu nutzen. Entscheidend sind dabei:

- frühzeitige und konsequente Mobilisierung;
- starke Präsenz vor Ort und im digitalen Raum;
- klare, verständliche und glaubwürdige Botschaften.

Die Entscheidung fällt nicht erst am 14. Juni, sondern wird in den Wochen und Monaten davor vorbereitet. Die SVP hat die Stärke und die Basis, um diese Abstimmung für sich zu entscheiden.



Mobilisieren Sie Ihre Familie, Freunde und Bekannte!

Bild: SVP Kanton Zürich

MESSUNGEN HABEN BEGONNEN

Der Windmessturm in Ossingen steht

In der «Rüteren» auf Ossinger Gemeindegebiet steht seit einigen Tagen ein 125 Meter hoher Mast, um die Windgeschwindigkeiten und weitere Daten zu messen.

RoMü. Als Folge der geplanten Windkraftanlagen im nördlichen Gebiet des Kantons Zürich haben die EKZ und ewz sowie Stadtwerk Winterthur beschlossen, in Wiesendangen, Rickenbach und Ossingen Windmessmasten aufzustellen. «Teile der drei Zürcher Gemeinden sind als mögliche Standorte für Windenergieanlagen für die Aufnahme in den kantonalen Richtplan vorgesehen», schreibt die aus den Betreibern gebildete Interessengemeinschaft Zürich Wind.

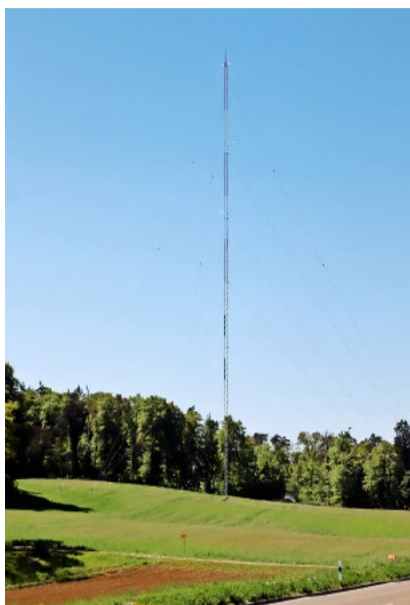
Diverse Messgeräte im Einsatz

In Ossingen steht nun seit einigen Tagen südwestlich vom Dorf an der Andelfingerstrasse in der «Rüteren» einer dieser 125 Meter hohen Messtürme. Dabei kommen verschiedene Sensoren zum Einsatz, welche kontinuierlich die Daten zur Windgeschwindigkeit und -richtung erfassen. Zugleich werden verschiedene Wetterdaten auf 120 und 10 Metern Höhe gesammelt. Um möglichst exakte Daten zu erhalten, finden diese Messungen auf verschiedenen Höhen statt. Die vier Anemometer erfassen dabei die Windgeschwindigkeit und -richtung. Zwei Windfahnen auf der Mastspitze und auf 80 Metern messen die Windrichtung. Für die Erfassung der Ultraschallrufe der Fledermäuse kommt die auf 80 Meter montierte Batbox zum Einsatz. Zudem sorgt eine Signalbeleuchtung auf der Mastspitze dafür, den Mast für den Luftverkehr mit einer Hindernisleuchte zu markieren. Die Daten werden von einem Logger erfasst und gespeichert. Diese Daten werden in regelmäßigen Abständen an einen Server weitergeleitet.

Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit miteinbeziehen

Diese umfangreiche Datenerfassung soll während mindestens eines Jahres Daten zu den lokalen Windverhältnissen und auch Fledermausaktivitäten liefern. Diese wiederum sollen im Rahmen des weiteren Bewilligungsverfahrens zur Prüfung der Standorteignung für die Windkraft beigezogen werden. «Auf der Basis der gesammelten Windmessdaten und der daraus berechneten Ertragsprognose entscheidet Zürich Wind über das weitere Vorgehen», hält Zürich Wind fest. Sollten die Daten bestätigen, dass die Nutzung der Windenergie wirtschaftlich sinnvoll ist, so wird in einem nächsten Schritt eine entsprechende Umweltverträglichkeitsprüfung in Auftrag gegeben.

Gewisse Daten wie die Windgeschwindigkeit können dabei laufend auch unter www.zuerichwind.ch abgerufen werden.



Südwestlich von Ossingen steht der 125 Meter hohe Mast, mit welchem umfassende Daten für eine mögliche Nutzung der Windkraft gesammelt werden. Bild: RoMü

ACHTUNG: TÄUSCHUNGSGEFAHR

Gaunersprache

In der «Handelszeitung» hat der frühere SP-Nationalrat und Preisüberwacher Rudolf Strahm einen bemerkenswerten Artikel veröffentlicht: «Meinungsbildung wird amtlich gemanagt». Das zeigt sich schon in der Überschrift der bundesrätlichen Botschaft zum EU-Anbindungsvertrag: «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (Paket Bilaterale III)». Diese Botschaft umfasst 1086 Seiten und kostet 158 Franken plus Versandkosten.



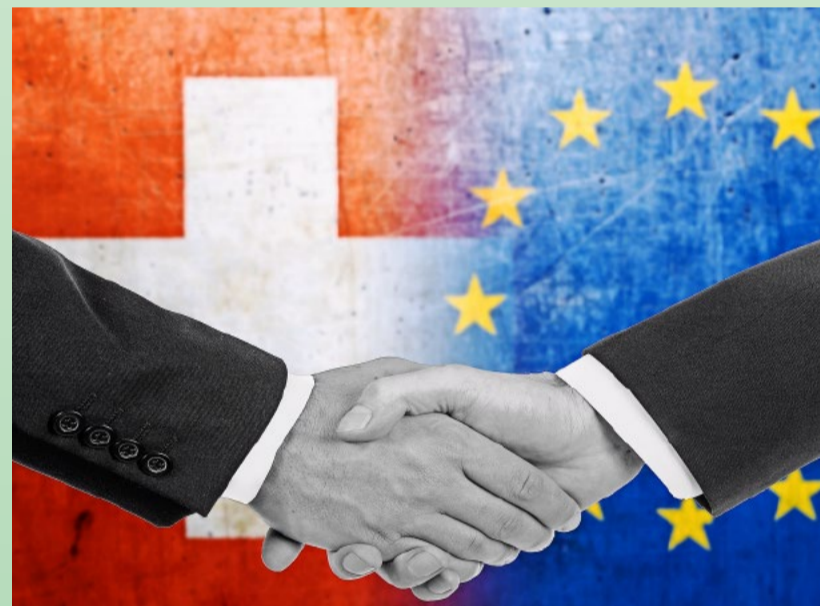
Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Selbstverständlich ist schon der Begriff «Bilaterale III» ein Gaunerwort. Bereits vor Jahren hat die EU klargemacht, dass sie keine weiteren bilateralen Verträge unter Gleichberechtigten auf Augenhöhe mehr möchte. Vielmehr will Brüssel, dass die Schweiz im gesamten Bereich des EU-Binnenmarktes inklusive Personenfreizügigkeit die EU-Gesetze automatisch übernimmt. Die Bundesverwaltung unterstützt leider diese automatischen Übernahmen. Weil das im Volk schlecht ankam, ersetzte man das Wort «automatisch» durch «dynamisch» – tönt schön und deckt

die Wahrheit zu. Es ist ein Vertrag, der die Schweiz verpflichtet, das EU-Recht zu übernehmen. Und wenn es die Schweiz nicht tut, gibt es Strafmassnahmen. Auch dieses Wort hört niemand gern. Also nimmt man als neues Gaunerwort «verhältnismässige Ausgleichsmassnahmen».

Rudolf Strahm spricht zu Recht von «PR-sprachlich aufbereitetem Wording», vor allem bei den 14 «durchgestylten» Faktenblättern der Verwaltung. Genau diese «Sprachregelungen» aus Bundesbüchern übernehmen auch die Medien willfährig. Die zwanzig mit Brüssel ausgehandelten Unterwerfungsverträge werden durch das Gaunerwort «Protokolle» ersetzt, also verharmlost. Grosse Teile dieser «Protokolle» wandern unverändert in unsere Gesetzgebung.

Schon der weise Konfuzius sagte: «Wenn Wörter ihre Bedeutung verlieren, verlieren Völker ihre Freiheit.»



Ein Vertrag auf Augenhöhe? Mitnichten! Vielmehr soll sich die Schweiz der EU unterwerfen. Bild: Adobe Stock



Jetzt mitmachen und Nachhaltigkeitsinitiative unterstützen

Newsletter anmelden

Jetzt Spenden

Fahne bestellen

Unterstützer werden

Öffentliche Informationsveranstaltung

Mietendeckel verlottert Deine Wohnung - warum?

Domenik Ledergerber
Präsident
SVP Kanton Zürich
Kantonsrat

Christian Pfaller
Gemeindepräsident
Bassersdorf
Kantonsrat SVP, Maler

Kathrin Wyder
Präsidentin
Die Mitte Wallisellen
Kantonsrätin

Doris Meier
Kantonsrätin FDP
Bassersdorf

Andreas Bollier
Präsident
Gewerbeverein
Wallisellen

Informationen zu den Abstimmungen über die linken Wohn-Initiativen und die HEV-Wohneigentumsinitiative.

14. Juni 2026
wohn-initiativen-nein.ch

Do. 7. Mai 2026
19.00 Uhr

8304 - Altes
Feuerwehrgebäude
Wallisellen

Die schweizerische Neutralität ein Glücksfall der Geschichte

Gespräch mit Dr. David Vogelsanger
Historiker, a. Botschafter, ehem. IKRK Delegierter, ehem. SVP Präsident Bezirk Affoltern

Öffentlicher Anlass – alle sind willkommen!
Dienstag, 12. Mai 2026 im Rest. «Sunshine Hill» Stäfa

18:30 Uhr – Türöffnung
19:00 Uhr – Referat, Diskussion
20:00 Uhr – Beginn informeller Teil (Höck)

Keine 10-Millionen-Schweiz!

SVP Stadt Zürich lädt alle herzlich ein!

Diskussion zur Nachhaltigkeitsinitiative

Pro
und
Contra

Domenik Ledergerber,
Kantonsrat / Parteipräsident SVP Kt. ZH

Barbara Steinemann,
Nationalrätin SVP

Patrick Hässig,
Nationalrat GLP

Regine Sauter,
Nationalrätin FDP

Ort: Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, 8001 Zürich

Datum: Montag, 11. Mai 2026

Zeit: Beginn: 19.00 Uhr, anschliessend Apéro

Moderation: Dominik Feusi, Bundeshauschef und stellvertretender Chefredaktor Nebelspalter

Kommen auch SIE und diskutieren Sie mit unseren hochkarätigen Podiumsteilnehmern.

Alle sind eingeladen!

Keine 10-Millionen Schweiz JA
nachhaltigkeitsinitiative.ch

Fadegrad



von
Ueli Bamert

Wer zuletzt lacht...

Die Zürcher Lokalwahlen liegen hinter uns und waren für die SVP von Erfolg gekrönt. Dies liegt sicher an der allgemeinen Themenkonjunktur: Unangefochtenes Spitzenthema in allen Zeitungsseiten und Diskussionsrunden war und ist auch weiterhin der Wohnungsmangel. Welche Rezepte haben die Parteien zur Lösung dieses drängenden Problems? Linke und Grüne suchen ihr Heil im Staat: Angeblich gierige Bauherren sollen mit Vorschriften eingeschränkt, Häuser durch die Stadt aufgekauft und Wohnungen mit Steuergeld künstlich verbilligt werden. Profitieren würden von den günstigen Wohnungen am Ende allerdings vorwiegend Genossen mit dem richtigen Parteibuch – eine echte Lösung für das Problem haben die Linken nicht. Die FDP wiederum möchte bauen, bauen und nochmals bauen: Vorschriften sollen gelockert, Hochhauszonen ausgeweitet und Quartiere auf Teufel komm raus verdichtet werden. Auch das ist nur eine Scheinlösung: Die deregulierte Bauwut à la FDP bietet keinerlei Gewähr, dass günstige Wohnungen entstehen – im Gegenteil. In einem hochumkämpften Markt würden die Preise nur noch mehr explodieren. Ausserdem würden sich die neu gebauten Wohnungen im Handumdrehen mit gutverdienenden Zuwanderern füllen. Die Rezepte der Liberalen heizen also nicht nur die Preise, sondern insbesondere auch die Zuwanderung an.

Bei dieser Ausgangslage blieb mir als SVP-Stadtratskandidat im Wahlkampf nichts anderes übrig, als die einzig vernünftige Haltung zur Wohnungsknappheit zu vertreten: Mit stoischer Gelassenheit plädierte ich auf jedem Podium und in jedem Interview, das Problem müsse an der Wurzel gepackt und die Zuwanderung endlich wirksam eingeschränkt werden. Wohnraum ist ein begrenztes Gut und kann nicht beliebig vermehrt werden. Wenn immer mehr Menschen von aussen auf den überhitzten Wohnungsmarkt drängen und eine Wohnung beanspruchen, wird das Angebot knapper und die Preise steigen. Ein völlig logischer Zusammenhang, um den zu verstehen man nicht Volkswirtschaft studiert haben muss. Am 14. Juni bietet sich der Bevölkerung mit einem JA zur SVP-Nachhaltigkeits-Initiative die einmalige Gelegenheit, die masslose Zuwanderung in unser Land endlich zu begrenzen und zahlreiche damit zusammenhängende Probleme zu lösen – nicht nur die Wohnungsknappheit. Insgeheim ist es auch den Gegnern der Initiative klar, dass nichts um eine Zuwanderungsbegrenzung herumführt. Trotzdem wurde ich auf den diversen Wahlkampfpodien von meinen Kontrahenten und vom Publikum ein ums andere Mal ausgelacht: die SVP wieder, an allem sind die Ausländer schuld. Die Umfragen zur Nachhaltigkeits-Initiative deuten auf ein JA hin – mal schauen, wer am 14. Juni zuletzt lacht.

Gemeinderat ist kein Feierabendjob – wer das glaubt, hat nichts verstanden

Man muss es endlich klar sagen: Das Amt als Gemeinderat ist kein Hobby, keine Nebenbeschäftigung und schon gar kein politischer Zeitvertreib für Profilierungssüchtige. Es ist ein Auftrag. Ein Auftrag der Bevölkerung. Und dieser Auftrag verpflichtet.



Michele Romagnolo
Gemeinderat SVP
Zürich

Bei den Wahlen 2026 in Zürich traten 1081 Kandidatinnen und Kandidaten an, um einen der begehrten Sitze zu ergattern. Viele reden gerne vom «Milizsystem», als wäre ein solches Mandat ein gemütliches Ehrenamt. Die Realität ist eine andere: Wer dieses Amt ernst nimmt, investiert Woche für Woche ein Arbeitspensum von 25 bis 30 Prozent – oft mehr. Und zwar nicht im Rampenlicht, sondern dort, wo es unbequem wird: in Dossiers, Sitzungen, Gesprächen und Konflikten.

Die unsichtbare Arbeit im Hintergrund

Die Öffentlichkeit sieht vielleicht die Ratssitzung am Mittwochabend. Sie sieht die Reden, die Abstimmungen, die Schlagzeilen. Was sie nicht sieht, ist der eigentliche Kern der Arbeit. Dieser beginnt lange vor 17.00 Uhr: Fraktionsitzungen am Nachmittag, intensive Vorbereitung auf komplexe Geschäfte, das Durcharbeiten von Aktenbergen, das Abwägen von Interessen. Wer glaubt, man könne einfach erscheinen, zuhö-

ren und am Ende einen Knopf drücken, hat das System entweder nie verstanden – oder will es bewusst verharmlosen.

Und nach der Sitzung? Dann ist noch lange nicht Schluss. Kommissionsarbeit, Nachbearbeitung, Gespräche mit Betroffenen, mit Fachstellen, mit der eigenen Partei. Politik entsteht nicht im Scheinwerferlicht, sondern in der Tiefe. Wer sich dieser Tiefe entzieht, entzieht sich der Verantwortung.

Engagement über das Parlament hinaus

Doch selbst das ist nur ein Teil. Ein Gemeinderat ist nicht nur Parlamentarier – er ist auch Vertreter der Bevölkerung vor Ort. Präsenz an Standaktionen, Engagement bei Festen, Diskussionen im Quartier, Teilnahme an Parteisitzungen, Delegiertenversammlungen, Kreisgremien. Abstimmungskämpfe auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene gehören ebenso dazu wie die Pflicht, Position zu beziehen – auch dann, wenn es unbequem wird.

Dieses Amt verlangt Haltung. Einsatz. Zeit. Und Rückgrat.

Es braucht Menschen, die bereit sind, mehr zu leisten als das Minimum. Menschen, die nicht zuerst fragen «Was bringt mir das?», sondern «Was braucht die Bevölkerung?». Wer sich vor Kom-

missionsarbeit drückt, wer sich nicht einarbeitet, wer Verantwortung delegiert, statt sie zu übernehmen, der verrät nicht nur das Amt – er verrät auch die Wählerinnen und Wähler.

Klare Erwartungen an gewählte Vertreter

Und ja, das muss man so deutlich sagen: Wer von Anfang an signalisiert, dass er nur das Nötigste tun will, hat politisch bereits kapituliert. Solche Haltungen

sind Gift für jede funktionierende Demokratie. Ein Parlament lebt von engagierten Persönlichkeiten, nicht von

«Es braucht Menschen, die bereit sind, mehr zu leisten als das Minimum.»

Abwesenheit, Bequemlichkeit oder Ausreden.

Die Bevölkerung hat ein Recht auf Vertreter, die sich einsetzen. Nicht halbherzig. Nicht selektiv. Sondern konsequent.



Ein Gemeinderat ist nicht nur Parlamentarier – er ist auch Vertreter der Bevölkerung vor Ort.

Bild: SVP Kanton Zürich

WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE DIREKT IMPORTIEREN?

Zürichs «Sicherer Hafen» – SOS: Sozialisten Ohne Sinn

Kürzlich kam mir das Postulat 2024/297 unter die Augen. Eine Aufforderung seitens der SP an den Stadtrat zu prüfen, wie man Zürich zum «Sicheren Hafen» macht. Was sich so «sicher» anhört, ist eigentlich ein weiterer Baustein auf der Fahrt in eine Schweiz, die ihre Zuwanderung nicht mehr im Griff hat.



Jane Bailey
Designierte
Gemeinderätin SVP
Zürich

Ein paar der heftigsten Beispiele gefällig?

- Punkt 2 & 3: Zürich soll sich verpflichten, aus Seenot «gerettete» Migranten zusätzlich zur regulären Asylquote aufzunehmen.
- Punkt 4: Die Stadt soll sich für weitere Flüchtlingsaufnahmeprogramme starkmachen.
- Punkt 6: Zürich soll sich öffentlich gegen die «Kriminalisierung» der Seenotrettung positionieren.
- Punkt 7: Die Stadt soll öffentliche Gelder für ein Seenotrettungsschiff (Sea-Eye) bereitstellen.

Man kann das Postulat folgendermassen zusammenfassen: Während Zürcher Bürger sich täglich mit den Folgen der unkontrollierten Zuwanderung herumplagen, wollen die realitätsfremden Cüpli-Sozialisten die Stadt Zürich offiziell zum «Sicheren Hafen» für noch mehr Flüchtlinge machen. Als hätte Zürich nicht bereits genug illegale Einwanderer, Ukrainer mit Schutzstatus S und abgewiesene Asylbewerber.

Zürcher Steuerzahler finanzieren Asyl-Schlepper

Der «Sichere Hafen» sichert vor allem eines: ein blühendes Geschäft für Schlepper. Diese stopfen Menschen in seeuntüchtige Boote, weil sie wissen, dass europäische NGO-Schiffe – finanziert mit Steuergeldern – sie direkt vor der libyschen Küste aufsammeln. Die angebliche «Rettung» motiviert tödliche Überfahrten und schafft genau jene Anreize, die unser Sozialsystem weiter belasten.

Laut Postulat sollen Flüchtlinge sogar direkt aus Seenotrettungsbooten geholt und in Zürich aufgenommen werden, zusätzlich zur bereits bestehenden Asylquote! Die Stadt will sich also selbst eine Sonderregel geben und das bestehende Asylverfahren nach eigenem Gutdünken umgehen. Unter Dekaden linksgrüner Herrschaft sogar nachvollziehbar: Wer braucht schon nationale Gesetze oder eine kontrollierte Migrationspolitik, wenn die Ratsübermacht der Stadt Zürich Staat im Staat spielen darf?

Schweizer als Bürger zweiter Klasse?

Die Gemeinden in der gesamten Schweiz sind bereits überfordert. Wohnungen für Einheimische sind knapp, Infrastruktur ist überlastet und die Sozialhilfe-

ausgaben gehen durch die Decke. Einbrüche und Raubüberfälle passieren täglich. Doch nichts hält die linken Weltverbesserer davon ab, in ihrem Elfenbeinturm weitere Utopien zu erspinnen!

Die eigenen Bürger zu schützen, gilt für den linksgrünen Gemeinderat als unsolidarisch. Solidarisch hingegen ist es, auf Kosten eben dieser Bürger mehr Flüchtlinge unterzubringen, durchzufüttern und mit allen erdenklichen Sozialleistungen auszustatten, denn Geld spielt ja keine Rolle für jene, die es nicht selbst verdienen müssen.

Währenddessen gibt es in Zürich Familien, die an der Armutsgrenze leben, obdachlos sind und sich täglich bei Pfarrer Sieber Essen abholen müssen. Schweizer Bürger, die nicht wissen, ob

das Geld für ihren Lebensunterhalt noch reicht. Statt aber Steuergelder zur Unterstützung von Schweizer Familien einzusetzen, werden Einwanderer, Sans-Papiers und Asylanten zuerst berücksichtigt.

Deshalb JA zur Nachhaltigkeits-Initiative

Fazit: Willkommen im Irrenhaus Zürich, wo dem Bürger Solidarität diktatorisch aufgezwungen wird, ohne Anrecht auf Gegenwehr. Wer auch nur einen Hauch Kritik übt, gilt sofort als «Rassist». Bleibt nur eine Frage: Wann werden jene Politiker, die diese Politik so penetrant durchsetzen, endlich solidarisch gezwungen werden, Flüchtlinge im eigenen Heim aufzunehmen? Denn das Boot ist ja niemals voll, man kann immer noch ein wenig zusammenrücken. Am 14. Juni haben wir die Chance, ein klares Zeichen zu setzen: Keine 10-Millionen-Schweiz!



Laut Postulat sollen Flüchtlinge direkt aus Seenotrettungsbooten geholt und in Zürich aufgenommen werden. Bild: Adobe Stock

EIN WEINLÄNDER JUBILÄUM

Geschichte der Kirche war ein Publikumsmagnet

In Marthalen wird in diesem Jahr an den ersten Kirchenbau vor 900 Jahren erinnert. Dieser fiel in eine Zeit, in der sich auch im Weinland kleine Siedlungen zu kleinen Dörfern entwickelten und in den sich bildenden kleinen Dörfern Kirchen gebaut wurden.

RoMü. Am 16. Mai werden 900 Jahre vergangen sein, seit die erste Kirche in Marthalen geweiht wurde. Grund genug, um dieses spezielle Jubiläum zu feiern. Ein OK und die Ortskirchenkommission (OKK) Marthalen haben sich dieser Aufgabe angenommen und zu einem Vortrag vom Rheinauer Historiker Stephan Aregger über die bewegten Zeiten eingeladen. Diese Geschichte hat durchaus gestochen, wie die volle Kirche am 17. April zeigte. OK-Mitglied Hanspeter Maag zeigte sich dabei sehr erfreut, dass diese durchaus bewegte Geschichte, welche auch vieles über das Zusammenleben mit dem Kloster Rheinau aussagt, auf ein so grosses Interesse gestossen ist. «Das Kloster Rheinau und Marthalen standen immer in einem spannungsgeladenen Verhältnis zueinander», hielt Maag fest. In jener Zeitepoche zwischen 1050 und 1250 verzehnte man auch im heutigen Zürcher Weinland ein beachtliches Bevölkerungswachstum, wie der Rheinauer Historiker Stephan Aregger im Rahmen eines Fachreferats über die Kirche in Marthalen kürzlich ausführte. Dies machte auch Rodungen nötig, um mehr Land für die Nahrungsmittelproduktion zu gewinnen. Zugleich sprach Aregger von einer Zeit, in der eine Vergeudung, Verzelgung und Verdorfung erfolgte.

Marthalen, das bereits 858 als Schenkung an das Kloster Rheinau gelangte, lag dazumal im Zentrum einer grossen Grundherrschaft. Zur Zeit des Kirchenbaus gab es wohl ein bis zwei Fronhöfe mit den dazugehörigen Hufen. Der Herrenhof mit Salland wurde durch die Gutsherren mit dem eigenen Gesinde bewirtschaftet. Eine ausserhalb gelegene bäuerliche Wirtschaftseinheit wurde als Huf bezeichnet, die einerseits Arbeitsleistungen und andererseits Abgaben an den Herrenhof erbringen musste. «Könnte der Kirchenbau der Startschuss für eine hochmittelalterliche Ausbauphase sein?», hielt Aregger fragend fest.

Denn zum Zeitpunkt des Kirchenbaus vor 1100 waren Kirchen lokale Heiligtümer – auch ohne festes Einzugsgebiet. Pfarr- und abhängige Pfarrkirchen entstanden erst im 12. Jahrhundert, wobei diese durchaus auch eine lukrative Einkommensquelle für deren Besitzer waren. So flossen Schenkungen, Gebühren, Stiftungen oder Spenden zusammen mit dem Zehnt in die Kirche, wovon wiederum ein Teil dem Eigenkirchen- oder Patronatsherren abzuliefern war. Vor 1100 existierten im Umfeld von Rheinau erst drei Pfarrkirchen: in Stammheim, Berg a.I. und Andelfingen. Im Zeitraum des Marthaler Kirchenbaus gab es aber auch

einen Streit um die Rheinauer Klostervogtei mit den Lenzburgern.

Standort und Grösse sind erst seit 50 Jahren belegt

Über den möglichen ersten Kirchenstandort gab es über Jahrhunderte hinweg verschiedene Mutmassungen. Basierend auf dem Zehntenplan aus dem Jahre 1745 wurde angenommen, dass die Kirche allenfalls in Niedermarthalen im «Kirchhof» gestanden hat. Gemäss Aregger wurden dort immer wieder Knochen gefunden, die auf einen möglichen Friedhof und somit Standort einer Kirche hindeuteten. Eine weitere These sprach für den Standort «Chilchbüel», wo auch der Flurname auf ein mögliches Gotteshaus schliessen liess. Hier zeigte sich aber rasch, dass es sich um Reben gehandelt hatte, welche der Kirche zinspflichtig waren. Doch erst vor 50 Jahren, vor den letzten grossen Umbauarbeiten, wurden um und in der Kirche umfassende archäologische Ausgrabungen vorgenommen. Diese brachten bezüglich des Standorts der ersten Kirche Klarheit. Es wurden im Innern der heutigen Kirche Teile der Fundamente und Grundmauern der ersten Kirche gefunden. Aregger sprach dabei von einer beachtlichen Grösse des ersten Gotteshauses in Marthalen. Das Schiff war 10 Meter breit und 16 Meter



Es gibt Modelle, wie die erste Kirche in Marthalen möglicherweise ausgesehen haben könnte.

Bild: zvg

lang. Der östlich angebaute Chor hatte ein Ausmass von sechs mal sechs Meter.

Aregger verwies aber auch auf einige Besonderheiten. Im Zehntverzeichnis aus dem Jahre 1275 des Bistums Konstanz fehlt im Gegensatz zu Rheinau Marthalen. Zudem weiss man, dass 1296/98 eine Inkorporation der Bergkirche in das Kloster Rheinau erfolgte und danach Marthalen als Filiale der Bergkirche ernannt wurde.

Loskauf von Rheinau 1754

Trotz Reformation und geänderten Zeiten blieb Marthalen sehr eng mit dem Kloster Rheinau als Grundherr verbunden. Dieses bestimmte einerseits den jeweils reformierten Pfarrer und gleichzeitig war es gegenüber dem Kloster zins- und zehntenpflichtig. Doch die Marthaler Bevölkerung wurde gegenüber der klösterlichen Herrschaft immer

aufmüpfiger und selbstbewusster. Gemäss Aregger sprach die Obrigkeit in Rheinau gar von den Blutsaugern in Marthalen. Dank eines sehr geschickt angegangenen Freikaufs konnte sich Marthalen 1754 endlich von der Klosterherrschaft lösen.

In der abschliessenden Fragerunde zeigte sich Stephan Aregger überzeugt, dass für den damaligen mehrjährigen Kirchenbau wahrscheinlich externe Spezialisten wie Baumeister beigezogen wurden, die Bevölkerung aber auch Fronarbeit leisten musste. Alten Urkunden zufolge weiss man, dass die Marthaler Bevölkerung dem Kloster als Grundzins und Zehnten 2000 Säcke Frucht und 10 000 Liter Wein abliefern musste. «Nach dem Freikauf vom Kloster wurden diese Abgaben bis 1770 aber beibehalten, um die Schuld des Freikaufs zu tilgen», sagte Aregger.

LINKS-MEDIEN UND FUSSBALLLIGA SPANNEN ZUSAMMEN

Fussball(er)-Eigentor in der Diskussion um die Zuwanderungsbegrenzungs-Initiative?

Seit geraumer Zeit tobt der Abstimmungskampf um die Zuwanderungsbegrenzung. Bis 2050 soll die Bevölkerungszahl in der Schweiz auf zehn Millionen Menschen gedeckelt werden.

Im Vorfeld der Abstimmung ist vor allem ein unsportlicher Wettstreit um Ideologien entbrannt. Rechtsorientierte votieren tendenziell für diese Initiative, auch als «Nachhaltigkeits-Initiative» bezeichnet, die aus Kreisen der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lanciert wurde und über die das Schweizer Stimmvolk am 14. Juni befinden wird. Linke stemmen sich schon aus Prinzip gegen dieses Unterfangen; vor allem, weil dieses Thema primär ein «SVP-Begehren» ist. Zu den Linken gehören gemäss Untersuchungen schwergewichtig auch die Journalisten, auch wenn sie für milliardenschwere Verlagshäuser tätig sind.

Je näher der Abstimmungssonntag rückt, desto vehementer prallen die Ideologien von rechts und von links aufeinander. So wartete die Boulevardzeitung «Blick» (25. April 2026) mit dieser Schlagzeile auf: «Fussballboss zeigt SVP die Rote Karte». In einem Artikel, beginnend auf der Frontseite der Zeitung, bejammert der CEO der Schweizer Professional-Fussball-Liga (Swiss Football League), Claudius Schäfer, die Zu-

kunft des Fussballs in der Schweiz bei Annahme der Initiative. Der Berner Fussballmanager sieht bei der Annahme der Initiative die Rekrutierung von Fussball-Fachpersonal wie Trainer und Spieler aus dem EU-Raum gefährdet. Auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit müsse im Falle der Annahme der Initiative als «massiv erschwert» qualifiziert werden, lässt sich Claudius Schäfer zitieren.

Keine Qualitätseinbussen zu befürchten

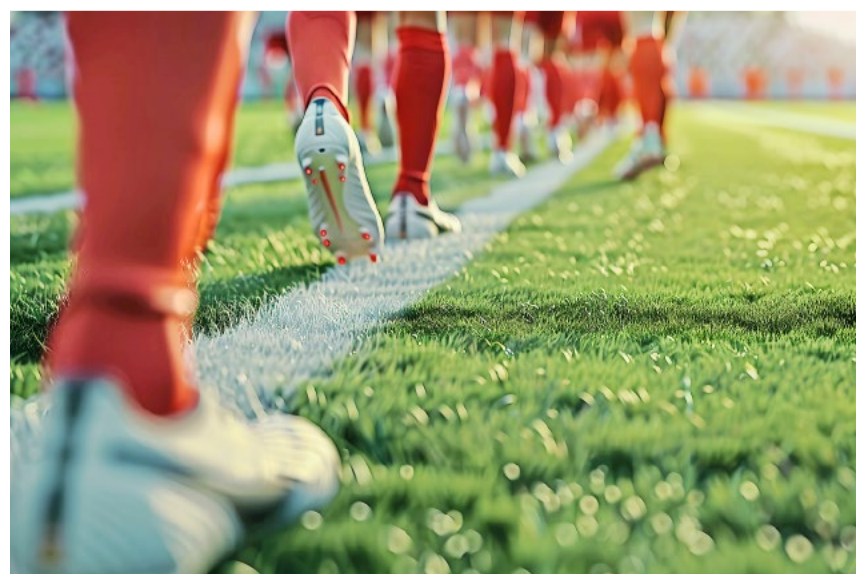
SVP-Nationalrat Lars Guggisberg kann die Befürchtung des Liga-CEO überhaupt nicht nachvollziehen. «Im Gegenteil», meint er. Unter anderem könnten bei allfälligen Einreisebeschränkungen für Fussballspieler die Schweizer Nachwuchsaktoren wieder gezielter gefördert werden. In der Tat darf der aktuelle Stellenwert des Schweizer Fussballs im Gesamten und im internationalen Kontext nicht überschätzt werden. In der Professional-Liga steht der Provinzklub und Aufsteiger FC Thun derzeit mit einem satten Punktepöster vor dem

Gewinn des Schweizer Meistertitels; in der sogenannten «Ausbildungsliga» Challenge League wird der FC Vaduz aus dem benachbarten Fürstentum Liechtenstein (!) heuer wohl den direkten Aufstieg in die Swiss Football League schaffen. So würde eine Zuwanderungsbegrenzung für den Schweizer Fussball wohl gar keine fussballerischen Qualitätseinbussen nach sich ziehen. Oder so gesehen: Die Abstimmungshilfe gegen die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» durch den CEO der Swiss Football League in Zusammenarbeit mit dem «Blick» muss wohl als klassisches Eigentor gewertet werden.

Volk lässt sich nicht verängstigen

Das sehen übrigens auch die Leserinnen und Leser des «Blick» (27. April 2026) so, die auf der «Leser»-Seite, einem verlängerten «Stammtisch», ausnahmslos gegen das Ansinnen von Liga-CEO Claudius Schäfer wettern («so ein Quatsch»; «also viel schlechter kann das Niveau nicht mehr werden»; «es wäre... sowie so schöner, wenn man anhand der Aufstellung erkennen könnte, dass es sich um einen Schweizer Klub handelt»; «vor dem Fussball kommen die Eidgenossen, die fühlen sich nicht mehr wohl in dieser Schweiz»; usw.).

Die Prognosen für den Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 sind offen. Vorlagen mit SVP-Rückenwind haben es naturgemäss schwerer als etwa solche aus dem linken Lager. Konkret dürfte sich der Support der Links-Medien jedoch nicht stark negativ auf das Abstimmungsergebnis auswirken; siehe die Reaktionen der Leserinnen und Leser des «Blick» auf die Befürchtungen von Liga-CEO Claudius Schäfer. Aber auch das ist ein Phänomen: Grundsätzlich kann nur gut sein, was nicht von der SVP ausgeht.



Das Äusserungen des Liga-CEO dürfen wohl als klassisches Eigentor gewertet werden.

Bild: Adobe Stock

Urs Scherrer, Meilen

VERANSTALTUNGSHINWEISE

Die SVP Rafz zeigt sich mit Barbara Steinemann im Dorf

In verschiedenen Medien wird bereits über die Nachhaltigkeits-Initiative der SVP diskutiert, über welche die Schweizer Bevölkerung am kommenden Abstimmungssonntag vom 14. Juni 2026 an der Urne befinden wird. Die Ortspartei SVP Rafz wird sich im Vorfeld im Dorf zeigen.

Am Donnerstag, 21. Mai 2026, von 06.30 Uhr bis 07.30 Uhr, werden wir

«Kommen Sie vorbei – wir freuen uns auf den Austausch mit Ihnen.»

am Bahnhof Rafz den Pendlern eine kleine Stärkung mit auf den Weg geben.

Am Samstag, 23. Mai 2026, von 09.00 Uhr bis 13.00 Uhr, betreiben wir

vor dem Volg in Rafz einen Infostand, an dem unsere Referentin Barbara Steinemann (Nationalrätin, SVP) anzutreffen ist. Für das leibliche Wohl ist an unserem Infostand ebenfalls gesorgt.

Wir laden Sie ein: Kommen Sie für Ihre Meinungsbildung und für einen Austausch mit uns an unserem Infostand vorbei!

Jan Brodmann, Aktuar SVP Rafz

Podiumsdiskussion Nachhaltigkeits-Initiative

Mittwoch, 6. Mai 2026, Meilen
 Restaurant Löwen, Seestrasse 595
 Türöffnung: 18.30 Uhr ~ Podium: 19.15 Uhr
 Apéro im Anschluss

 PRO Thomas Matter Nationalrat, Erstunterzeichner	 Begrüssung Marion Matter Kantonsrätin, Vizepräsidentin SVP Bezirk Meilen	 CONTRA Thomas Forrer Kantonsrat
 PRO Domenik Ledergerber Kantonsrat, Parteipräsident	 Moderation Andreas Schürer Kommunikationsberater	 CONTRA Sarah Fuchs Kantonsrätin

SVP DIGITAL

Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.

SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.

Gemeindsaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit Nationalrat Franz Grüter.

Bezirk Andelfingen/Flaach
Samstag, 27. Juni 2026, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz.

Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen
Freitag, 3. Juli 2026, 18.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Schützenhaus, Steinerberg 313, Uhwiesen, mit Nationalrat Martin Hübscher. Anmeldung an info@widiart.ch.

Bezirk Andelfingen/Marthalen
Samstag, 13. Juni 2026, 18.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Firma Stutz Baggerunternehmung, Bärchistrasse 6, Marthalen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Festwirtschaft. Anschliessend Live-Übertragung Fussball-WM-Spiel Katar-Schweiz.

Bezirk Bülach/Hüntwangen
Donnerstag, 4. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Goldbachschür, Dorfstrasse 59, Hüntwangen, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Bezirk Bülach/Rafz
Donnerstag, 21. Mai 2026, 06.30 Uhr, Standaktion zur Nachhaltigkeits-Initiative, Bahnhof Rafz.

Samstag, 23. Mai 2026, 09.00 Uhr, Standaktion zur Nachhaltigkeits-Initiative, Volg Rafz, mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Bezirk Bülach/Wallisellen
Donnerstag, 7. Mai 2026, 19.00 Uhr, Infoanlass Wohneigentums-Initiative und Wohn-Initiativen, Altes Feuerwehrgebäude, Zentralstrasse 4, Wallisellen, mit den Kantonsräten Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich, und Christian Pfaller.

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 10. Mai 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil, mit Nationalrätin Therese Schläpfer.

Bezirk Dielsdorf/Dänikon
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Anna Stüssli Haus, Oberdorfstrasse 3, Dänikon, mit Nationalrat Thomas Matter.

Bezirk Dielsdorf/Niederhasli
Freitag, 26. Juni 2026, bis Sonntag, 28. Juni 2026, 19.30 Uhr, SVP-Stand am Dorffest, Dorfstrasse, Niederhasli.

Bezirk Dielsdorf/Otelfingen
Montag, 18. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Saal Kirchgemeinde, Vorderdorfstrasse 36, Otelfingen, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Markus Bopp. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Freitag, 1. Mai 2026, 12.00 Uhr, Tag der Arbeit, Dorfstrasse, Watt, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701
Der Zürcher Bote ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/zuercher-bauer. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. **Insertenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Insertenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Bezirk Dielsdorf/Stadel
Samstag, 9. Mai 2026, 11.00 – 16.00 Uhr, SVP-Stand am Frühlingmarkt, Dorfkern, Stadel.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Freitag, 1. Mai 2026, 11.30 Uhr, Grill-Plausch bei Kurt und Elsbeth Bräm, im Basi, Dietikon, mit Nationalrat Benjamin Giezendanner.

Bezirk Dietikon/Oetwil an der Limmat
Donnerstag, 30. April 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gemeindescheune, Schmittengasse 5, Oetwil an der Limmat, mit Nationalrat Benjamin Fischer und Alt Bundesrat Ueli Maurer. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-oetwil-geroldswil.ch.

Bezirk Hinwil/Wetzikon
Freitag, 1. Mai 2026, 11.00 Uhr, Führung und Mittagessen, FBW-Museum, Zürcherstrasse 95, Wetzikon, mit Nationalrat Martin Hübscher und Kantonsrat Daniel Wäfler.

Bezirk Horgen/Horgen
Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Infoanlass Wohneigentums-Initiative und Wohn-Initiativen, Kulturzentrum Alte Schule, Alte Landstrasse 26, Horgen, mit Kantonsrat Marcel Suter und Alt Nationalrat Hans Egloff.

Bezirk Meilen/Küsnacht
Dienstag, 26. Mai 2026, 19.00 Uhr, Sessionsrückblick, Schützenstube, Hesligenstrasse 115, Küsnacht, mit den Nationalrätin Nina Fehr Düsel und Mauro Tuena.

Bezirk Meilen/Meilen
Mittwoch, 6. Mai 2026, 19.15 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Restaurant Löwen, Seestrasse 595, Meilen, mit Nationalrat Thomas Matter und den Kantonsräten Marion Matter und Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

Bezirk Meilen/Stäfa
Dienstag, 12. Mai 2026, 18.30 Uhr, Informationsanlass zur Neutralitätsinitiative, Restaurant Sunshine Hill, Bergstrasse 202, Stäfa, mit a. Botschafter Dr. David Vogelsanger, ehemaliger Präsident SVP Bezirk Affoltern.

Bezirk Meilen/Zollikon
Montag, 11. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Reformiertes Kirchgemeindehaus, Rösslirain 2, Zollikon, mit Nationalrat Gregor Rutz.

Bezirk Pfäffikon/Bauma
Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gasthof Tanne, Dorfstrasse 16, Bauma, mit Nationalrat Marcel Dettling, Präsident SVP Schweiz, und Kantonsrat Paul von Euw.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, 72. Generalversammlung der SVP Russikon, Rest. Krone im kleinen Saal, 8332 Russikon, 18.30 Uhr Imbiss, 19.30 Uhr Versammlung.

Bezirk Winterthur/Seuzach
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsl, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel.

Samstag, 6. Juni 2026, 13.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Mehlhüsl, Stationsstrasse 2, Seuzach, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrätin Barbara Steinemann. Wurst und Getränke offeriert.

Bezirk Winterthur/Turbenthal
Samstag, 2. Mai 2026, 10.00 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Vertrag, Lindehus Turbenthal, Lindenweg 2, Turbenthal, mit Kantonsrat Tobias Weidmann, Fraktionspräsident.

Stadt Zürich
Montag, 11. Mai 2026, 19.00 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Hotel Glockenhof, Sihlstrasse 31, Zürich, mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 9. Mai 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

WEITERE VERANSTALTUNGEN
Mittwoch, 27. Mai 2026, 19.00 Uhr, Veranstaltung zur Kompass-Initiative, The Hall, Hoffnigstrasse 1, Dübendorf.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern
Dienstag, 12. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium zur Nachhaltigkeits-Initiative, Gartencenter Guggenbühl, Am Lochenweiher 14/16, Bonstetten. Anschliessend Apéro.

Bezirk Affoltern/Bonstetten
Dienstag, 19. Mai 2026, 19.30 Uhr, Podium Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Verträge, Gemeindsaal, Am Rainli 4, Bonstetten, mit den Nationalräten Martin Hübscher und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident.

Montag, 22. Juni 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag,

keine 10 Millionen Schweiz

Podiumsdiskussion Nachhaltigkeits-Initiative & EU-Rahmenvertrag

Samstag, 2. Mai 2026, Turbenthal
Lindehus Turbenthal, Lindenweg 2 ab 10.00 Uhr

Tobias Weidmann
Kantonsrat, Fraktionspräsident

Viviane Kägi
Angehende Kantonsrätin, Co-Präsidentin GLP Bez. Winterthur

Begrüssung Daniel Wunderli
Gemeinderat SVP, Turbenthal

Rahel Fritschi
Präsidentin SVP Bez. Winterthur

Nico Gebs
Präsident Die Mitte Winterthur Nord

Hast du genug von steigenden Krankenkassen-Prämien?

Krankenkassen: Stopp Prämien-Schock

Meh Stutz im Sack

JA

Am 14. Juni 2026 kommt endlich die perfekte kantonale Lösung: Mit einem **JA zur Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** schützen wir den Mittelstand vor den Prämien-Steigerungen! Mit einem JA zur breit aufgestellten Volksinitiative führen wir ein kluges System ein: **Steigen die Krankenkassen-Prämien, steigt auch die steuerliche Entlastung für den Mittelstand – die perfekte Lösung.**

Komitee betreten, Social Media-Bild erstellen und spenden: **JA-bringt-Wohlstand.ch**

FDP Die Liberalen SVP SCHWEIZER QUALITÄT